

Aktenzeichen

Verfasser/in

Jakobs, Christian

Beratung

Datum

Jugendhilfeausschuss

12.10.2026

öffentlich

Betreff

Haushalt 2027 - Beratung des Abschnitts Jugendhilfe

Sachverhalt:

Die Haushaltslage der Stadt Ansbach hat sich – insbesondere auf der Einnahmenseite – 2026 bisher noch schlechter entwickelt, als erwartet. Auch für das Jahr 2027 sowie die weitere Finanzplanung ist nach den fortgeführten Prognosen mit weiteren Haushaltsverschlechterungen zu rechnen.

Die Ausgaben des Verwaltungshaushalts übersteigen 2027ff. prognostisch die Einnahmen. Die Stadt ist damit noch mal mehr als in Vorjahren zur Haushaltskonsolidierung verpflichtet und steht dabei fortlaufend unter Beobachtung der Rechtsaufsicht.

Aufgrund des Jahresergebnisses 2025 ist für das Haushaltsjahr 2027 inkl. der dazugehörigen Finanzplanung mit einem Rückgang der Einnahmen aus Schlüsselzuweisungen sowie mit einer Erhöhung der Ausgaben für die Bezirksumlage zu rechnen.

Beide Effekte werden durch die nachlassende Steuer- und Finanzkraft der meisten Kommunen zusätzlich verstärkt. Es ist zudem davon auszugehen, dass der Bezirk Mittelfranken seinen Bezirksumlagesatz anheben muss. Vor diesem Hintergrund ist die Stadtverwaltung weiterhin gehalten freiwillige Leistungen gezielt zu reflektieren, um die kommunalen Ressourcen nachhaltig einzusetzen. Darüber hinaus ist nach wie vor auch die Art und Weise der Umsetzung der Pflichtaufgaben genauer zu betrachten.

Der Erhalt der dauernden finanzielle Leistungsfähigkeit ist eine vorrangige gesetzliche Aufgabe aller Kommunen im Allgemeinen und der Stadt Ansbach im Speziellen.

Mit Stand Anfang Oktober wird für das Haushaltsjahr 2027 eine Unterdeckung prognostiziert. Bereits ohne Stellenmehrungen steigen die Personalkosten von derzeit 53,2 Mio. € auf voraussichtlich 56,0 Mio. €. In der Finanzplanung wird von stabilen Personalkosten ausgegangen. Tarifsteigerungen werden durch einzuziehende befristete Stellen und Altersabgänge aufgefangen werden müssen. Digitalrenditen sind sukzessive zu heben.

Die zukünftig zu erwartenden aufwachsenden haushalterischen Unterdeckungen sowie das Zurückstellen von Baumaßnahmen führen zu einer zunehmenden Belastung künftiger Generationen. Nach aktuellem Stand kann der Haushalt 2027 nur durch Rücklagenentnahmen und Darlehensaufnahmen ausgeglichen werden.

Die Aufnahme von Darlehen ist – anders als in anderen Bundesländern, beim Bund oder auch beim Freistaat – nur für Ausgaben des Vermögenshaushaltes sowie auch nur im Rahmen der dauernden Leistungsfähigkeit möglich und bedarf der Genehmigung der Rechtsaufsichtsbehörde.

Besonders hervorzuheben ist die Entwicklung im Bereich der Jugendhilfe: Aufgrund steigender Fallzahlen und Fallkosten ist mit einer deutlichen Ausgabensteigerung zu rechnen. Der Deckungsring Jugendhilfe wird daher – trotz der angespannten Gesamtlage – voraussichtlich von 11,2 Mio. € (2026) auf 13,2 Mio. € (2027) angepasst (+18 %,

bereits im Vorjahr +17%). Diese Steigerung liegt erneut deutlich über dem Durchschnitt des übrigen Haushalts. Die Planung erfolgte bedarfsorientiert („Bottom-Up“) durch Amt 12/Jugendhilfecontrolling sowie finanzmittelorientiert („Top-Down“) durch Amt 40. Ein entsprechendes Planungsgespräch zur Abstimmung fand am 18.09.2026 statt. Vorbehaltlich etwaiger Anpassungen im Einnahmenbereich sowie weiterer Rechtsänderungen werden die beigefügten Ansätze zur Beratung im Stadtrat avisiert. Etwaige Planabweichungen (Stichwort: „Systemsprenger“ sowie Unvorhergesehenes) sind – wie in den Vorjahren – im Rahmen der Mittelbewirtschaftung des Gesamthaushalts aufzufangen.

Beschlussvorschlag:

Dient zur Kenntnis.

Anlagen:

Entwurf JuHi HH 2027